

Kim Alexander Beicht:

Wir müssen uns entscheiden

Wir müssen uns entscheiden, und mit „wir“ meine ich nicht nur die Partei SPD in der Frage, ob einer neuerlichen GroKo zugestimmt werden soll oder nicht, sondern uns alle - vom Schüler über den Handwerker sowie den Hochschulprofessor. Es geht um die Frage, wie wir unsere Demokratie fit für die Zukunft machen können. Rechts- und linksradikale Strömungen haben längst damit begonnen, den Demokratiecharakter und das, wofür das Wertesystem „Bundesrepublik Deutschland“ steht, zu zersetzen.

Extremistische Parteien können nicht mit Grundrechten wie Gleichheit, Freiheit sowie der Menschenwürde vereinbart werden. Dazu würde ich gerne einen kleinen Exkurs wagen:

Die AfD wurde von dem deutschen Ökonom Bernd Lucke und Olaf Henkel (ehemaliger Manager bei IBM und Präsident des Bundesverbandes Deutscher Industrie) am 06. Februar 2013 infolge der Euro-Krise als konservative Partei gegründet, die sich die Wiedereinführung der D-Mark zur Hauptaufgabe gemacht hatte. Daneben hatte die Partei eigentlich kein erwähnenswertes

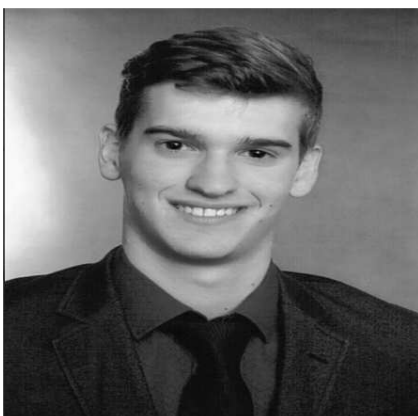
aber mitnichten rechtsranchen Medien als Blickfeld echter Rechter der akzeptierten in der



Ziel. Sie war konservativ, ja, dikal. Trotzdem wurde sie in rechts dargestellt, was sie ins rückte. Die beiden Parteigrün-Folge, dass einige ihrer neuen

Unterstützer rechtes Gedankengut mit sich führten. Solange man erste Erfolge erzielen konnte, wurde darüber gerne hinweggesehen. Allerdings nahm die Zahl der Rechten innerhalb der Partei stetig zu, so dass Lucke schließlich 2015 von den Mitgliedern als Par-

teivorsitzender abgesetzt wurde, nachdem er von der Übernahme der Partei von Rechts gewarnt hatte. Er erkannte die Gefahr zwar noch, allerdings war es da bereits zu spät. Infolgedessen traten die Parteigründer Lucke und Henkel aus der AfD aus ... Olaf Henkel spricht heute von einem „Monstrum“, das er mit erschaffen habe, und der „systematischen Unterwanderung der Partei von rechts“. Die nächste Parteivorsitzende, Frauke Petry, beging denselben Fehler: sie positionierte sich rechts von Lucke, um die Wahl zur Vorsitzenden zu gewinnen ... Dies machte die Partei noch attraktiver für Rechte ... schließlich wurde auch sie auf dem Kölner Parteitag de Fakto entmachtet, da sie zu links sei. Mittlerweile ist die AfD durch und durch eine extremistische Partei und ja, ich behaupte die neue NPD. AfD-Spitzenpolitiker Björn



*Kim Alexander Beicht
(Vorsitzender der Jusos im
Kreis Bernkastel-Wittlich)*

Höcke zum Beispiel ging, bevor er in der AfD auftrat, bei Nazi-Aufmärschen mit. Auf einem

von AfD-Mitgliedern organisierten Festival „Rock gegen Überfremdung“ wurde der Hitlergruß praktiziert, und aus Hunderten Kehlen hallten „Heil, Heil, Heil“-Rufe. Dies sind keine Einzelfälle oder „Unfälle“, wie von der Partei gerne behauptet wird, nein, diese Vorfälle zeigen vielmehr den wahren Charakter dessen, wofür diese Partei steht. Die Liste der Vorfälle ließe sich auch beliebig lang weiterführen ... mein Tipp: googelt doch einfach mal Aussagen von AfDlern wie Björn Höcke, Andre Poggenburg oder Alexander Gauland ... Es lässt sich also zusammenfassen, dass die AfD im Jahr 2018 mehr mit der NPD gemein hat als die AfD bei Ihrer Gründung 2013. Es handelt sich um eine Partei, die von Rechten benutzt wird, um deren Weltanschauung gesellschaftsfähig zu machen. Der Unterschied zur NPD ist, dass die AfD im Gegensatz zu dieser gesellschaftlich nicht so verrufen bzw. vorbelastet ist, weshalb es für sie wesentlich einfacher ist, Wählerstimmen mit Halbwahrheiten, Hetze und dem Instrumentalisieren der Angst jedes Einzelnen vor gesellschaftlichen Abstieg zu erlangen. Es wird nur vordergründig vorgegeben, sich für die Bürger zu interessieren, während im Hintergrund andere Ziele verfolgt werden.

Dies ist ein langer Exkurs, dennoch erscheint es mir wichtig aufzuzeigen, wie offensichtlich undemokratisch und gefährlich diese Partei ist. Mit diesem Wissen stellt sich automatisch die Frage, wie es sein kann, dass trotzdem viele Bürger dieser Partei ihre Stimme geben würden bzw. geben (Mittlerweile ist die AfD drittstärkste Kraft in Deutschland).

Dies liegt meiner Meinung nach daran, dass sich in den vergangenen Jahren ein Bild von der Politik in Deutschland breit gemacht hat, dass es ja „im Prinzip egal sei, wen man wähle“ oder „Die da oben machen ja eh, was Sie wollen“. In der Tat: Von den letzten 12 Jahren wurde Deutschland acht Jahre von einer GroKo regiert und steht nun vor den Jahren 9,10 ,11 und 12. Gab es früher zwischen den ehemals großen Volksparteien SPD und CDU einen Wettbewerb der Ideen, **wirkt** es heute so, als ob dieser erloschen sei und es primär um das Zuschieben von Posten usw. untereinander ginge. Eine Partei wie die AfD wird in dieser Situation von vielen als neue frische Kraft gesehen, die „mal aufräumt“. Diese Einschätzung ist fahrlässig - gewiss... aber kann ich tatsächlich von dem Familienvater (exemplarisch), der sich von der Politik verraten fühlt und genug andere Sorgen und /oder Abstiegsängste hat (z. B. wie komme ich diesen Monat finanziell über die Runden), verlangen, sich zusätzlich so umfassend mit Politik zu beschäftigen, dass er solch extreme Parteien durchschaut? Eher weniger...

Warum schrieb ich oben „wirkt“? Es gibt natürlich auch heute noch den Wettbewerb der Ideen untereinander. Dieser erlischt aber fast vollständig in dem Moment, wenn eine (in diesem Fall) GroKo regiert. Eine Partei muss „die Kröten“ der anderen „schlucken“, nur damit die andere Partei wiederum eigene Projekte mit durchwinkt. Man handelt also gegen seine eigenen Vorstellungen und Ideale, nur damit im Gegenzug die eigenen Projekte auch von der andern Partei mitgetragen werden.

Beispiel „Ehe für alle“: Während der letzten Legislaturperiode der GroKo von 2013 bis 2017 gab es im Bundestag eine Mehrheit bestehend aus Grünen, der Partei Die Linken

und der SPD für die „Ehe für alle“. Allerdings wurde das fragliche Gesetz erst zum Ende der Legislaturperiode von der SPD zusammen mit den anderen Parteien durch den Bundestag gebracht, womit man den Zorn der CDU/CSU (also des Koalitionspartners) auf sich gezogen hatte, welcher eine solche Gleichstellung mehrheitlich ablehnte. Hätte man diesen Vorstoß früher unternommen, wäre das Vertrauensverhältnis der Koalitionspartner untereinander so gestört gewesen, dass ein Regieren kaum noch möglich gewesen wäre. SPD-Projekte, wie etwa der Mindestlohn (gegen den sich die Union sträubte), wären durch solch einen „Verrat“ nicht mehr unterstützt worden. Wenn beide Regierungsparteien sich zerstreiten, kommt es also zu einem Stillstand, da kein bzw. kaum ein Projekt von der anderen Seite eine Mehrheit findet.

Aus diesem Beispiel lässt sich ableiten, dass eine GroKo nicht unbedingt die wahren Mehrheitsverhältnisse im Bundestag widerspiegelt, sondern vielmehr auf faulen Kompromissen beruht. Dennoch hätte auch ich bis vor zwei Wochen beim Mitgliederentscheid für eine neuerliche GroKo gestimmt, da es bis zu diesem Zeitpunkt nicht so aussah, dass die CDU mit Angela Merkel auch für eine Minderheitsregierung zur Verfügung stünde. Die Folge wären Neuwahlen gewesen, welche den extremen Parteien noch mehr Auftrieb gewährt hätten. Die Wende folgte Mitte Februar, als Merkel erklärte, sie stünde nun doch für eine Minderheitsregierung zur Verfügung.

Was ist eine Minderheitsregierung?

Minderheitsregierung

Substantiv [die]

eine Regierung, die im Parlament keine Mehrheit besitzt (und deshalb auch auf Stimmen der Opposition angewiesen ist).

D.h. die regierende Partei stellt Gesetzessentwürfe zur Abstimmung in den Bundestag kann diese aber nicht einfach ohne die Opposition oder nur aufgrund von Koalitionswängen durchbringen. Jede Gesetzesinitiative die bei dem Modell einer Minderheitsregierung durchkommt hat auch die tatsächliche Mehrheit und

Legitimation der Parlamentarier welche die Bürger vertreten. Eine Minderheitsregierung ist daher das demokratischere Regierungsmodell. Ein weiterer Punkt für diese Form des Regierens ist überdies, dass wir in Deutschland über kurz oder lang sowieso nicht daran vorbeikommen werden.

Es ist nicht mehr so wie in den 70er oder 80er Jahren als nur drei Parteien im Bundestag vertreten waren und eine Mehrheit einfach zu erreichen war. Das beste Beispiel für diesen Zeitenwandel ist, dass ernsthaft über eine Jamaica-Koalition nachgedacht wurde. Hier hätten Parteien zusammen regiert mit gegensätzlichen Idealen und Einstellungen.

Fast jedes andere Europäische Land hat mittlerweile eine Minderheitsregierung. Oft wird das Argument benutzt „Ja aber denen geht es nicht so gut wie Deutschland“. Dies hat absolut nichts mit der Regierungsform sondern vielmehr mit wirtschaftlichen Einflussfaktoren zu tun. Schweden, das als Paradebeispiel und Vorbild für einen gelungen Sozialstaat gilt hat ... richtig ... seit vielen Jahren eine Minderheitsregierung.

Natürlich hat diese Form auch Risiken (wie alle anderen Formen auch) dass will ich nicht verleugnen. Ich denke aber, dass die Vorteile überwiegen.

Mancher wird sich jetzt vielleicht denken: „schön und gut, aber was passiert, wenn es wider Erwarten doch zu Neuwahlen kommt, von denen extreme Parteien profitieren?“ Nunja ... diese Sorge habe ich natürlich auch, allerdings habe ich nochmal nachgedacht... was könnte schlimmstenfalls passieren? Keine andere Partei würde mit der AfD koalieren wollen... d.h. auch die AfD müsste selbst wenn sie stärkste Kraft wäre, eine Minderheitsregierung bilden. Da sie mit Ihren Positionen jedoch keine Mehrheit finden würde, könnte sie diese nicht umsetzen. Auch würde sich diese Partei in Regierungsverantwortung vermutlich sehr schnell als das entlarven, was sie ist: eine Rechtsextreme Partei, die nur aufhetzen kann und dabei kein wirkliches Konzept hat was sich ändern soll... Zitat Alexander Gauland nach der Bundestagswahl 2017: „wir müssen keine Lösungen zu den Problemen liefern, wir sind in der komfortablen Lage, lediglich die „Probleme“ aufzeigen zu können.“

Zum Abschluss würde ich gerne noch einmal zu meiner anfänglichen Überschrift kommen welche da lautete: „Wir (alle) müssen uns entscheiden“, denn tatsächlich sollten wir uns alle fragen, wollen wir eine neuerliche Groko, ein neuerliches Durchwursteln? Wollen wir ein antiquiertes Regierungssystem mit aller Macht künstlich konservieren? Oder wollen wir etwas Neues wagen? Ein System, in dem es wieder einen echten Wettbewerb der Ideen gibt und Oppositionsarbeit, die diesen Namen auch verdient hat? Hieraus könnte sich auch wieder eine Stimmung entwickeln, in der Wähler, die sich bisher von den sogenannten Eliten ausgeschlossen fühlen, wieder mehr Vertrauen in die Demokratie setzen, da nun jede politische Richtung mitwirken kann. Extreme Parteien könnten so zurückgedrängt werden.

Ich sehe mich selbst als Realist, mir ist bewusst, dass die momentane Form des Regierens über kurz über lang nicht zu halten sein wird. Deshalb und auch, weil ich mir von einer Minderheitsregierung echten „frischen Wind“ erhoffen und nicht vermeintlichen, wie ihn Parteien wie die AfD versprechen, habe ich beim SPD-Mitgliederentscheid gegen eine Groko gestimmt. Ich habe mir dies nicht leicht gemacht und hoffe mich nach bestem Wissen und Gewissen richtig entschieden zu haben, sowohl für Deutschland als auch für die Partei, welche sich in der Opposition erneuern könnte.

Das Dilemma aller Demokratien ist, dass sich der einzelne Bürger viel zu wenig politisch interessiert. Würde er dies tun, würden extreme Parteien bereits im Ansatz durchschaut werden und könnten keinen Schaden anrichten. Der zweite und viel wichtigere Punkt wäre allerdings, dass Politik in einem fiktiven Land, in dem sich jeder politisch engagiert bzw. informiert, einen riesen Mehrwert für die Einwohner hätte. Es wäre nicht mehr möglich, schlechte oder rein populistische Politik zu betreiben, da dies von den Bürgern direkt erkannt würde und diese gegensteuern könnten. Seien Sie doch mal ehrlich zu sich selbst, haben Sie vor der Wahl die Wahlprogramme gelesen, um sich eine fundierte Meinung bilden zu können?

Viele Probleme könnten im Keim erstickt werden oder würden gar nicht erst auftreten. Oben sagte ich, dass ich den Familienvater verstehe, der genug andere Sorgen hat (z.B. den Monat rund zu kommen) und sich dann nicht noch mit Politik auseinandersetzen will... Viele seiner Sorgen gäbe es wahrscheinlich aber gar nicht, wenn er und viele andere sich nur ein bisschen politisch einbringen würden. Projekte wie ein anständiger Mindestlohn, eine echte Mietpreisbremse und Vieles mehr würde es dann sehr wahrscheinlich geben. Die Probleme des Familienvaters im Beispiel gäbe es hingegen nicht mehr oder in sehr abgeschwächter Form.

In der Realität strampeln sich viele Menschen stundenlang ab (Zweitjobs, Überstunden etc.) um über die Runden zu kommen. Wenn jeder Einzelne sich jedoch pro Woche sagen wir nur zwei Stunden Politisch einbringen würde, müsste dies mit ziemlicher Sicherheit nicht sein. Ich behaupte, man würde sogar Zeit gewinnen, da sich andere Sorgen Verflüchtigen würden oder aber schlicht und einfach nicht existent wären.

Leider wird diese meine Wunschvorstellung vermutlich nie Realität werden, da dafür viele Bürger mitmachen müssten, und dass wird nicht passieren.

(Stand des Artikels war der 26.02.2018, VOR der Bekanntgabe des Ergebnisses)

Anmerkungen der Redaktion: ***Eine Mitwirkung ist natürlich in jeder demokratischen Partei möglich und sinnvoll, die genannten Argumente gelten grundsätzlich für alle ...***

Gegenreden oder ähnliche Stellungnahme nehmen wir gern für die nächste Ausgabe entgegen ...